



Demokratie und die Aushöhlung ihrer Grundlagen

In der gesamten westlichen Welt bewahren die Demokratien zwar ihre institutionellen Formen, doch der Substanz, die ihnen einst Bedeutung verlieh, schwindet still und leise dahin. Was wir erleben, ist keine Abfolge vereinzelter politischer Fehlschläge, sondern ein struktureller Wandel.

Anthony Deden

Di. 14 Apr 2026

„Eine Dame fragte Dr. Franklin: ‚Nun, Doktor, was haben wir denn nun, eine Republik oder eine Monarchie?‘

„Eine Republik“, antwortete der Doktor, „wenn Sie sie bewahren können.“^[1]

In der gesamten westlichen Welt sind Anzeichen für Spannungen innerhalb der demokratischen^[2] Ordnung kaum noch zu übersehen. Institutionen, die einst Konflikte schlichteten und Macht einschränkten, bestehen zwar noch, fungieren jedoch zunehmend als leere Hüllen. Wahlen finden weiterhin statt, Verfassungen bleiben in Kraft, und die Sprache der Demokratie wird ständig beschworen, doch die Praktiken, die diesen Formen einst Substanz und Glaubwürdigkeit verliehen, scheinen an Kraft zu verlieren.

Eigentumsrechte stehen durch inflationäre Finanzpolitik, regulatorische Enteignung, Interventionen und fiskalische Beschlagnahmungen unter zunehmendem Druck. Die Meinungsfreiheit, die einst als widerstandsfähig galt, wird nicht nur am Rande unterbunden, sondern zunehmend bestraft, sei es durch administrative Sanktionen, Durchsetzungsmaßnahmen von Plattformen, berufliche Ausgrenzung oder rechtliche Einschüchterung. Die politische Autorität hat sich nicht nur von rechenschaftspflichtigen Institutionen entfernt; sie hat sich tendenziell konzentriert und wird größtenteils von nicht gewählten bürokratischen, juristischen, technokratischen und ideologischen Eliten ausgeübt, deren Macht wächst, während die demokratische Kontrolle schwindet.

Keine dieser Entwicklungen tritt überall gleichzeitig oder in gleichem Maße auf. Dennoch scheint die Richtung, in die es geht, in verschiedenen Gesellschaften ähnlich zu sein. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass man diese Vorfälle als bloße Auswüchse des Progressivismus, als Notfallmaßnahmen in Krisenzeiten oder als vorübergehende Abweichungen von liberalen Normen abtun könnte. Doch solche Interpretationen unterschätzen die Schwere der aktuellen Lage erheblich. Meiner Ansicht nach handelt es sich bei dem, was sich derzeit abzeichnet, nicht nur um eine Reihe politischer Fehler, sondern um etwas, das eher einer strukturellen Transformation gleicht. Demokratische Formen werden bewahrt und die Volkssouveränität beschworen, während die tatsächliche Souveränität erodiert. Darüber hinaus bleibt die Sprache der Rechte bestehen, auch wenn die Rechte selbst an Bedingungen geknüpft, widerrufbar und dem Ermessensspielraum der Verwaltung unterworfen werden. Westliche Gesellschaften verhalten sich so, als blieben sie demokratisch, obwohl ihre institutionelle und moralische Architektur vor aller Augen schrittweise demontiert wird.

Was sich derzeit abzeichnet, ist kein unverfälschter Autoritarismus oder Neototalitarismus. Es handelt sich vielmehr um eine schrittweise Neuausrichtung der demokratischen Politik weg von Zurückhaltung hin zum Verbrauch von Kapital, institutioneller Glaubwürdigkeit und sozialem Vertrauen. Demokratische Legitimität wird zunehmend nicht dazu genutzt, Grenzen zu wahren, sondern sie zu überwinden. Darüber hinaus erscheinen politische Maßnahmen, die einst als

Ausnahmefälle galten – wie Geldentwertung, Notfall-Regierungsführung, rückwirkende Regulierung und Redezensur –, zunehmend als feste Bestandteile des modernen politischen Lebens.

Dieser Aufsatz geht von der Vermutung aus, dass diese Entwicklungen weniger zufällig sind, als sie erscheinen. Sie spiegeln langjährige Spannungen innerhalb der Demokratie selbst wider, insbesondere wenn demokratische Systeme kapitalintensive, auf hohem Vertrauen basierende Gesellschaften regieren, die auf ganz anderen moralischen und institutionellen Prämissen aufgebaut sind. Aufbauend auf den Arbeiten von Hayek, Somary, Röpke, Hoppe und Hülsmann untersuche ich, wie demokratische Politik, sobald sie von verfassungsrechtlichen, monetären und kulturellen Zwängen befreit ist, nach und nach die Bedingungen untergraben kann, die Kapital und Freiheit stützen.

Daher sollte die Krise, mit der die heutigen Demokratien konfrontiert sind, nicht allein als moralisches Versagen oder ideologische Vereinnahmung betrachtet werden. Es handelt sich um eine Krise der Anreize, der Zeithorizonte und der Verantwortung. Die Frage ist nicht mehr, ob die Demokratie abstrakt gesehen Gerechtigkeit, Gleichheit oder Teilhabe gewährleisten kann, sondern ob sie das wirtschaftliche, institutionelle und moralische Kapital bewahren kann, von dem ihre eigene Legitimität abhängt.

Kapitalismus und das Versagen des historischen Urteilsvermögens

Als Hayek^[3] die Einleitung zu *Capitalism and the Historians* verfasste,^[4] reagierte er damit auf ein grundlegendes intellektuelles Versagen: die Weigerung, den Kapitalismus danach zu beurteilen, was er tatsächlich hervorgebracht hatte, anstatt nach moralischen Idealen, deren Erfüllung er nie für sich beansprucht hatte. Der Kapitalismus, so argumentierte Hayek, sei nicht wegen dessen verurteilt worden, was er nachweislich hervorgebracht hatte, sondern weil er ethischen Idealen nicht entsprach, deren Erfüllung er nie versprochen hatte.

Die größten Errungenschaften des Kapitalismus – steigender Lebensstandard, Kapitalakkumulation und allgemeiner Wohlstand – waren nicht das Ergebnis bewusster Planung. Sie entstanden nach und nach durch unzählige individuelle Entscheidungen und entfalteten sich über Generationen hinweg. Da diese Ergebnisse keinen erkennbaren Urheber hatten, standen sie im Widerspruch zu einer tief verwurzelten menschlichen Vorliebe für bewusste Gerechtigkeit: dem Wunsch, dass Belohnungen klar zugewiesen und Verantwortlichkeiten eindeutig zugeordnet werden.

Wie Hayek feststellte, neigten Historiker daher dazu, Marktergebnisse so zu behandeln, als seien sie das Produkt bewusster Absicht, während sie politische Eingriffe standardmäßig als moralisch neutral oder wohlwollend betrachteten. Unpersönliche Prozesse wurden für gesellschaftliche Ergebnisse verantwortlich gemacht, während eigenverantwortliches politisches Handeln entschuldigt, ja sogar gefeiert wurde.

Diese verzerrte Sichtweise prägt das politische Denken bis heute. Der Kapitalismus wird routinemäßig für Ungleichheit, Unsicherheit und soziale Fragmentierung verantwortlich gemacht, oft ohne ernsthafte Gegenüberstellung mit früheren Gesellschaften oder mit der historischen Bilanz alternativer Systeme. Märkte werden so behandelt, als seien sie bewusste Akteure mit moralischen Absichten, während die demokratische Politik als korrigierende Kraft dargestellt wird.

In der Praxis verdrängt politische Intervention jedoch zunehmend genau jene Koordination und Produktivität, von denen Wohlstand abhängt.

Doch Hayeks Kritik war, so notwendig sie auch war, unvollständig. Er identifizierte eine falsche Art, den Kapitalismus zu beurteilen, doch andere sollten später zeigen, dass das Problem tiefer lag: Die Demokratie selbst schwächt systematisch die Bedingungen, von denen der Kapitalismus abhängt.

Felix Somary und die politische Ökonomie des Vergessens

Dieses Argument wurde von Felix Somary^[5], einem Bankier und Beobachter des Währungszusammenbruchs, mit ungewöhnlicher Klarheit dargelegt. In *Democracy at Bay*^[6] untersuchte Somary die Demokratie nicht als Ideal, sondern als ein fragiles System, das nur so lange überlebt, wie es die Grenzen respektiert, die es stets zu ignorieren versucht.

Somary wies die Vorstellung zurück, dass die Demokratie ihre eigenen Exzesse korrigiert. Er argumentierte, dass die moderne Demokratie auf zwei falschen und gefährlichen Überzeugungen beruht: erstens, dass „das Volk“ als eine einzige, geschlossene Autorität handeln kann, und zweitens, dass Menschen allein durch den Erwerb politischer Macht weiser werden. Im Laufe der Zeit untergraben diese Überzeugungen verfassungsrechtliche Grenzen und die Haushaltsdisziplin. Infolgedessen wird demokratische Legitimität zu einem Ersatz für gesundes Urteilsvermögen.

Im Gegensatz zu den ideologischen Kritikern des Kapitalismus schrieb Somary als Bankier, der einen Währungszusammenbruch, Hyperinflation und den Zusammenbruch eines Regimes miterlebt hatte. Sein Anliegen war nicht theoretische Ungerechtigkeit, sondern Kapitalverschwendung – die schleichende Umwandlung von Ersparnissen in Konsum durch Inflation, Verschuldung und fiskalische Illusionen. Die Demokratie, so stellte er fest, belohnt Politiker, die unmittelbare Vorteile versprechen, während sie die Kosten ignorieren und aufschieben. Inflation ersetzt die Besteuerung, Kreditaufnahme ersetzt das Sparen, und Währungsmanipulation ersetzt ehrliche Knappheit.

Während Hayek davor warnte, den Kapitalismus an einer Utopie zu messen, warnte Somary davor, dass die Demokratie utopische Erwartungen weckt, die sie nicht erfüllen kann.

Eigentum, Geld und politische Unabhängigkeit

Im Mittelpunkt von Somarys Argumentation stand die politische Rolle des Eigentums. Eigentumsrechte, so betonte er, seien nicht nur ein rechtliches Konstrukt. Sie trügen dazu bei, Freiheit zu sichern. Bürger, die sparen, investieren und Kapital ansammeln können, seien unabhängig von politischer Macht. Wenn das Eigentumsrecht ausgehöhlt wird – durch konfiskatorische Besteuerung, Inflation oder regulatorische Enteignung –, werden die Bürger abhängig, formbar und politisch unterwürfig.

Diese Erkenntnis nimmt spätere Analysen der Österreichischen Schule vorweg, bleibt aber auffallend aktuell. Seit Somarys Zeit haben demokratische Staaten die Besteuerung ausgeweitet, die Fremdfinanzierung normalisiert und Währungssysteme eingeführt, die Sparer systematisch benachteiligen. Die Vermögensinflation kommt den mit den Finanzmärkten verbundenen politischen Wählergruppen zugute, während die Reallöhne stagnieren. Die generationsübergreifende Kapitalbildung wird untergraben, selbst wenn Regierungen den Sozialstaat ausbauen.

Somary erkannte, dass diese Entwicklungen keine politischen Fehler sind, sondern systemimmanente demokratische Versuchungen. Die Wähler fordern sofortige Vorteile, während die Kosten in die Zukunft verlagert werden und Kapital unter dem Deckmantel des Wohlstands verbraucht wird.

Röpke und die moralischen Voraussetzungen des Kapitalismus

Wilhelm Röpke^[7] dehnte diese Diagnose auf den kulturellen Bereich aus. In *A Humane Economy*^[8] vertrat er die Auffassung, dass Märkte von moralischen und sozialen Grundlagen abhängen, die sie nicht aus eigener Kraft schaffen können: familiäre Stabilität, ethische Normen, lokale Gemeinschaften und Selbstbeschränkung. Der Kapitalismus, so betonte er, sei eine moralische Errungenschaft und daher anfällig.

Er argumentierte, dass sich die Menschen, wenn diese Grundlagen erodieren, der Politik zuwenden, um Sinn und Sicherheit zu finden. Demokratie wird zu einem Mechanismus zur Aggregation von Forderungen statt zur umsichtigen Regierungsführung. Umverteilung ersetzt Verantwortung und Regulierung ersetzt Vertrauen. Der Kapitalismus wird für den sozialen Verfall verantwortlich gemacht, während politische Abhilfemaßnahmen diesen beschleunigen.

Röpkes Erkenntnis ergänzt die von Hayek: Der Kapitalismus scheitert politisch, wenn Gesellschaften die moralischen Grundsätze vergessen, die ihn erst ermöglicht haben. Seine Vision, die die westdeutsche „Sozialmarktwirtschaft“ der Nachkriegszeit tiefgreifend prägte, bestand darauf, dass die von ihm verteidigten moralischen und kulturellen Grundlagen nicht bloß Wunschvorstellungen waren, sondern durch eine robuste wirtschaftliche Verfassung – Kartellrechtsdurchsetzung, unabhängige Währungsbehörde und regelbasierte Haushaltsdisziplin – institutionalisiert werden konnten, die den Wettbewerb und die Sparer sowohl vor privaten Kartellen als auch vor kurzfristigen politischen Maßnahmen schützte.

Hoppe, Somary und die Logik des Kapitalverbrauchs

Während Somary die Symptome beschrieb, versuchte ein anderer Denker, die ihnen zugrunde liegende Struktur zu erklären. Die deutlichste Darstellung der Spannung zwischen Demokratie und Kapitalerhalt findet sich in Hans-Hermann Hoppes^[9] *Democracy: The God That Failed*.^[10] Hoppe widersprach Felix Somarys Diagnose der demokratischen Fragilität nicht; er radikalisierte sie vielmehr, indem er eine allgemeine Theorie zu politischen Anreizen, Eigentum und Zeithorizonten lieferte. Während Somary den demokratischen Kurzfristedenken empirisch beschrieb, erklärte Hoppe ihn strukturell.

Somary näherte sich dem Problem als Bankier und Krisenhistoriker. Hoppe näherte sich ihm als politischer Philosoph, der sich mit den institutionellen Folgen verschiedener Eigentumsordnungen befasste. Ihre Schlussfolgerungen stimmen mit bemerkenswerter Präzision überein. Die Demokratie, sobald sie von festen verfassungsrechtlichen, fiskalischen und monetären Beschränkungen losgelöst ist, orientiert sich strukturell eher am Kapitalverbrauch als an Kapitalerhalt oder echtem Fortschritt.

Somary stellte fest, dass demokratische Regierungen durchweg Maßnahmen bevorzugen, die unmittelbare, sichtbare Vorteile bieten, während ihre Kosten verschleiert oder aufgeschoben werden. Diese Tendenz, so argumentierte er in *Democracy at Bay*, sei nicht in erster Linie eine Frage mangelhafter Führung, sondern der politischen Arithmetik. Mehrheiten stimmen ab; Kosten lassen sich aufschieben. Gegen Steuern regt sich Widerstand; Kreditaufnahme ist politisch schmerzlos. Darüber hinaus wird Inflation, wenn überhaupt, nur unzureichend verstanden. Unter solchen Umständen wird Zurückhaltung nicht mehr belohnt. Was stattdessen überlebt, ist eine anhaltende Vorliebe für Maßnahmen, die gegenwärtige Entlastung auf Kosten der Zukunft versprechen.

Hoppe lieferte den fehlenden theoretischen Mechanismus. Demokratische Regierungsführung verwandelt den Staat von einem Verwalter des Kapitals in einen vorübergehenden Manager ohne Eigentumsanteil. Politische Autorität wird zur Kontrolle über Ressourcen, für deren Erhaltung niemand persönlich verantwortlich ist. Da gewählte Amtsträger weder das von ihnen verwaltete Kapital besitzen noch eine lange Amtszeit erwarten, maximieren sie rationalerweise die gegenwärtige Entnahme. Die Logik ist nicht moralisch, sondern ökonomisch. Wenn Macht an Eigentum gebunden ist, folgt Erhaltung; wenn sie vorübergehend ist, wird Konsum rational.

Diese Unterscheidung verdeutlicht Somarys historische Erkenntnis. Die demokratische Politik lässt den Kapitalverbrauch nicht nur zu, sie belohnt ihn sogar. Ausgeglichene Haushalte, eine solide Währung und institutionelle Zurückhaltung verursachen unmittelbare und konzentrierte Kosten sowohl für die Wähler als auch für die Politiker. Inflation, Verschuldung und Verwaltungsausbau bieten Vorteile im Hier und Jetzt, während die Kosten über Zeit, Generationen und abstrakte Bilanzen verteilt werden. In einem solchen System ist Zurückhaltung keine Tugend mehr, sondern wird zu einer politischen Belastung.

Zeit ist der entscheidende Faktor. Kapital ist von Natur aus zukunftsorientiert. Es steht für aufgeschobenen Konsum, angesparte Ersparnisse, Rechtssicherheit und Vertrauen in stabile Regeln. Die politische Demokratie hingegen ist auf die

Gegenwart ausgerichtet. Wahlzyklen sind kurz, die öffentliche Aufmerksamkeit ist unbeständig, und Legitimität wird eher an der Meinung als an Beständigkeit gemessen. Wenn demokratische Systeme kapitalintensive Gesellschaften regieren, entsteht eine grundlegende Spannung: Die Institutionen, die Wohlstand schaffen, verlangen Geduld, während die Institutionen, die Macht verteilen, diese bestrafen.

Somary erkannte diese Spannung am deutlichsten in der Geldpolitik. Da er die durch die Inflation zu Beginn des 20. Jahrhunderts verursachten Verwüstungen selbst erlebt hatte, verstand er, dass Geldentwertung nicht bloß eine wirtschaftliche Fehlfunktion, sondern eine politische Versuchung ist. Die Inflation ermöglicht es Regierungen, ohne Anerkennung Steuern zu erheben, ohne Gesetzgebung umzuverteilen und Versprechen ohne Disziplin zu finanzieren. Sie löst die Verbindung zwischen Anstrengung und Belohnung, zwischen Sparen und Sicherheit auf. Geldpolitische Verantwortungslosigkeit wird somit nicht zu einer Abweichung von der Demokratie, sondern zu einer Voraussetzung für deren Funktionieren.

Hoppe verallgemeinerte diese Erkenntnis. Inflation, Staatsverschuldung und regulatorische Enteignung sind keine politischen Abweichungen; sie sind Instrumente demokratischer Regierungsführung unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts und des fiskalischen Drucks. Jedes dieser Instrumente wandelt zukünftige Ansprüche in gegenwärtige Ressourcen um. Jedes untergräbt die Zeitstruktur der Produktion. Jedes beschleunigt den Kapitalverbrauch, während es diesen als Wachstum tarnt. Der Anschein von Wohlstand kann daher noch lange anhalten, nachdem die Bedingungen, die ihn ermöglicht haben, bereits zu bröckeln begonnen haben. Der Mechanismus ist subtil und seine Auswirkungen entfalten sich langsam. Deshalb wird er selten rechtzeitig erkannt.

Dies erklärt, warum demokratische Staaten stabil erscheinen können, selbst wenn ihr zugrunde liegendes Kapital – materiell, institutionell und moralisch – schwindet. Die Infrastruktur verfällt, während die Ausgaben steigen. Die Bürokratie wächst, während die Kompetenz abnimmt. Die Sozialleistungen nehmen zu, während die demografischen Grundlagen schwächer werden. Das System überlebt, indem es auf Reserven zurückgreift, die unter früheren, zurückhaltenderen Regimes aufgebaut wurden.

In diesem Zusammenhang gewinnen Eigentumsrechte eine schärfere politische Bedeutung. Somary betonte, dass Eigentum nicht nur ein wirtschaftliches Instrument, sondern die Grundlage politischer Unabhängigkeit sei.^[11] Hoppe fügt die zeitliche Dimension hinzu: Eigentumsbesitz ermöglicht lange Planungshorizonte. Er erlaubt es dem Einzelnen, politischer Volatilität zu

widerstehen und Entscheidungen auf die Zukunft auszurichten. Wenn Eigentum durch Besteuerung, Inflation oder regulatorische Eingriffe ausgehöhlt wird, schrumpft die zeitliche Autonomie. Abhängigkeit ersetzt Unabhängigkeit, und politischer Kurzfristdenken verstärkt sich selbst.

Unter diesen Anreizen kann die Demokratie beginnen, ihren eigenen Verfall zu verstärken. Wenn die private Kapitalbildung nachlässt, wenden sich die Bürger an den Staat, um Schutz zu suchen. Mit dem Ausbau staatlicher Leistungen verschärfen sich der fiskalische und der monetäre Druck. Wenn das Kapital schwindet, verschärfen sich die politischen Konflikte. Die Wählerschaft, die die Instabilität spürt, stimmt eher für Schutz als für Zurückhaltung. Was dabei entsteht, ist keine Tyrannei, sondern etwas, das eher einer Erschöpfung gleicht.

Hoppes provokanteste Behauptung, dass es der Demokratie an einer treuhänderischen Funktion mangelt, fasst dieses Ergebnis prägnant zusammen. Wenn Hoppe uns die Diagnose liefert, liefert Hülsmann uns die Anatomie.

Eine zeitgenössische Weiterführung dieser Logik findet sich in den Arbeiten von Jörg Guido Hülsmann, der einen wirtschaftlichen Mechanismus aufzeigt, durch den demokratische Systeme ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur erschöpfen. [\[12\]](#) Hülsmann wendet die Kapitaltheorie auf den politischen Bereich an und stellt fest, dass demokratische Staaten nach und nach das aufbauen, was er als „politische Rundumproduktion“ bezeichnet: steuerfinanzierte Parteien, wachsende Bürokratien, zentral verwaltete Schulsysteme, Medienlizenzen- und Subventionsregelungen, den regulatorischen Ausschluss von Wettbewerbern sowie Wahlgesetze, die festlegen, wer überhaupt am Wahlkampf teilnehmen darf. Diese Institutionen fungieren als Kapitalgüter – nicht im übertragenen Sinne, sondern im streng wirtschaftlichen Sinne, dass sie akkumuliert werden, Pflege erfordern und einen Ausstieg kostspielig machen. Wenn eine Reform denkbar wird, ist die Struktur, die sie ermöglichen würde, möglicherweise bereits verschwunden.

Ihre Existenz verursacht Umstellungskosten, die in erster Linie die Wähler belasten: Eine Bürokratie abzubauen bedeutet, Lebensgrundlagen zu zerstören; das staatliche Bildungswesen abzubauen bedeutet, Familien aus der Bahn zu werfen; eine Zentralbank abzuschaffen bedeutet, Bilanzen zu destabilisieren. Daher entscheiden sich selbst Wähler, die sich intellektuell nach Reformen sehnen, oft rational für Kontinuität. Aus dieser Sicht ist die Lähmung der Demokratie nicht in erster Linie psychologischer oder moralischer Natur, sondern struktureller. Hülsmann kommt zu dem Schluss, dass Demokratie nur so lange Frieden bewahrt, wie sie von früheren Errungenschaften zehrt, und dass friedlicher Wandel

zunehmend unwahrscheinlich wird, sobald die politische Kapitalstruktur ausgereift ist. In einem solchen System besteht die Gefahr, dass Krisen nicht durch Wahlen, sondern durch Umbrüche gelöst werden.

Im Gegensatz zu Systemen, in denen Herrscher Territorium und Institutionen als zu bewahrende Vermögenswerte betrachten, neigen demokratische Amtsträger dazu, sie als Einnahmequellen zu behandeln, aus denen man schöpfen kann. Unabhängig davon, ob man Hoppes vorgeschlagene Alternativen akzeptiert oder nicht, hilft diese Diagnose, die gegenwärtigen Verhältnisse zu erklären. Moderne demokratische Staaten verzeichnen im Namen der Konjunkturbelebung chronische Defizite, erweitern die Geldmenge im Namen der Notwendigkeit, bauen im Namen der Komplexität immer größere Bürokratien auf und untergraben im Namen des Fortschritts die Rechtsstaatlichkeit. Hinter jeder Rechtfertigung verbirgt sich eine Übertragung von der Zukunft in die Gegenwart.

Somary sah dieses Ergebnis voraus, ohne es zu formalisieren. Er warnte davor, dass sich die Demokratie, sobald sie von verfassungsrechtlicher und monetärer Disziplin befreit sei, selbst aushöhlen würde. Die politischen Formen würden bestehen bleiben, aber der Inhalt würde verfallen. Wahlen würden fortbestehen; die Regierungsführung würde sich verschlechtern. Die Freiheit würde nicht durch offene Tyrannei, sondern durch allmähliche Degeneration untergraben werden.

Was das Vertrauen in die Demokratie letztlich untergräbt, ist nicht moralische Enttäuschung, sondern die strukturelle Realität. Die Demokratie scheitert nicht, weil sie ihre Ideale verfehlt, sondern weil sie ihren Anreizen folgt. Sobald demokratische Legitimität als selbstrechtfertigend behandelt wird, werden verfassungsrechtliche Grenzen, Haushaltsdisziplin und geldpolitische Zurückhaltung nicht mehr als Schutzmechanismen, sondern als Hindernisse angesehen.

Die Illusion besteht also nicht darin, dass die Demokratie Ressourcen manchmal falsch verteilt, sondern darin, dass sie expandieren kann, ohne ihre eigenen Grundlagen zu schwächen. Inflation, steigende Verschuldung, bürokratisches Wachstum und institutioneller Verfall sind keine vorübergehenden politischen Fehler; sie sind die zu erwartenden Ergebnisse eines Systems, das zukünftige Verpflichtungen gegen gegenwärtige Zustimmung eintauscht.

Die gegenwärtige Krise ist kein Versagen der Demokratie, sondern eine Reaktion der Demokratie auf die ihr innewohnenden Anreize. Wenn dies zutrifft, werden Appelle an bessere Absichten nicht ausreichen.

In der Wirtschaftstheorie, insbesondere in der österreichischen Tradition, hat der Begriff „Kapitalverbrauch“ eine präzise Bedeutung, die die in diesem Aufsatz verwendete Metapher verdeutlicht. [13] Kapital ist nicht einfach nur Reichtum oder Geld, sondern der angesammelte Bestand an Produktionsgütern – Maschinen, Infrastruktur, Fähigkeiten, Institutionen und Ersparnisse –, der zukünftige Produktion ermöglicht. Wenn eine Gesellschaft Kapital verbraucht, erhält sie den gegenwärtigen Konsum aufrecht oder steigert ihn sogar, indem sie diesen Bestand abbaut, anstatt ihn wieder aufzufüllen. Da Produktionsgüter heterogen und zeitlich eingebettet sind, ist ihr Schwund nicht immer sofort sichtbar. Die Produktion mag über Jahre hinweg stabil erscheinen, während sich die zugrunde liegende Produktionsstruktur still und leise verschlechtert.

Ludwig von Mises betonte, dass Inflation, Defizitfinanzierung und künstliche Kreditexpansion die Illusion von Wohlstand erzeugen können, während sie in Wirklichkeit den Kapitalverzehr verschleiern. Was als Wachstum erscheint, ist nichts anderes als der Verbrauch angesammelter Reserven. In diesem technischen Sinne ist Kapitalverbrauch nicht metaphorisch, sondern strukturell: Er beschreibt einen Wandel von einer durch Ersparnisse und lange Planungshorizonte gestützten Produktion hin zu einer Produktion, die durch Kredite, politische Umverteilung und die Liquidation von geerbtem Vermögen gestützt wird. Die hier vorgebrachte, umfassendere zivilisatorische Argumentation beruht auf dieser wirtschaftlichen Grundlage. Wenn dies auf der Ebene der Wirtschaftstheorie zutrifft, dann folgt daraus, dass politische Systeme, die die wirtschaftliche Kalkulation beeinträchtigen, diesen Prozess bis zum Äußersten beschleunigen werden.

Die radikalste Form des Kapitalverbrauchs ist nicht bloß demokratisches Kurzfristdenken, sondern der Sozialismus im eigentlichen Sinne. Ludwig von Mises argumentierte, dass der Sozialismus nicht einfach nur den Wohlstand umverteilt, sondern das System der wirtschaftlichen Kalkulation abschafft, das eine rationale Kapitalerhaltung erst möglich macht. Ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln verschwinden die Marktpreise für Investitionsgüter und mit ihnen die Fähigkeit, zwischen Produktion und Konsum, zwischen Gewinn und Verlust sowie zwischen Erhaltung und Verzehrung zu unterscheiden. In diesem Sinne baut der Sozialismus nicht auf geerbtem Kapital auf; er lebt davon.

Was diese Entwicklung in demokratischen Gesellschaften besonders folgens schwer macht, ist, dass der Sozialismus nicht durch Umwälzungen entstehen muss. Er schreitet still und leise voran. Hier eine Regulierung, dort eine Subvention, ein neuer Anspruch, der mit Fairness begründet wird, eine Geldmengenausweitung, die als Notwendigkeit erklärt wird. Jede Maßnahme wird rechtmäßig verabschiedet, oft mit breiter Zustimmung. Doch wie Mises warnte, stehen solche Eingriffe nicht

für sich allein. Jeder einzelne stört das Preissystem und hat Folgen, die weitere Korrekturen nach sich ziehen. Was als begrenzte Anpassung beginnt, wird zu einer kumulativen Veränderung.

In demokratischen Systemen geht der Druck selten in Richtung einer Umkehr. Die Vorteile von Eingriffen sind sichtbar und unmittelbar; die Kosten treten erst später ein und sind weit verstreut. Nur wenige Wählergruppen setzen sich für die Wiederherstellung von Grenzen ein, während sich viele für die Bewahrung von Vorteilen engagieren. Das Ergebnis ist kein dramatischer Bruch mit der bestehenden Ordnung, sondern eine allmähliche Aushöhlung der ihr zugrunde liegenden Kapitalstruktur. Der äußerliche Wohlstand mag eine Zeit lang anhalten. Die Institutionen bleiben bestehen. Wahlen finden weiterhin statt. Doch die zugrunde liegende Fähigkeit, Kapital zu bewahren und wieder aufzufüllen, schwächt sich Schritt für Schritt ab.

Der Sozialismus in seiner demokratischen Form erscheint somit weniger als Revolution denn als Fortschritt – als stetiger Transfer von zukünftiger Produktion zur gegenwärtigen Verteilung, sanktioniert durch Mehrheiten und gerechtfertigt als Reform.

Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, dass nur der explizite Sozialismus diesen Effekt hervorruft. Dieselbe Anreizstruktur greift überall dort, wo die demokratische Politik die gegenwärtige Verteilung gegenüber der Erhaltung für die Zukunft bevorzugt. Selbst ohne die Abschaffung des Privateigentums beeinträchtigen eine Politik der chronischen Defizitfinanzierung, Währungsabwertung und zunehmende Regulierung nach und nach die Kapitalstruktur. Der Sozialismus stellt das logische Extrem dieses Prozesses dar. Die zugrunde liegende Tendenz liegt jedoch in den politischen Anreizen selbst.

Demokratie als System des Kapitalverbrauchs

In einem solchen System verlagert sich der Schwerpunkt der Politik von der Koordination hin zur Verteilung. Die zentrale Frage lautet nicht mehr, wie Wohlstand geschaffen wird, sondern wie der vorhandene Wohlstand aufgeteilt wird. Dies stellt einen klaren Bruch mit den Bedingungen dar, unter denen der demokratische Kapitalismus einst funktionierte. Kapitalakkumulation hängt von Geduld, stabilen Erwartungen und der Achtung von Grenzen ab. Der demokratische Wettbewerb, einmal von allen Fesseln befreit, belohnt stattdessen Unmittelbarkeit, moralische Selbstdarstellung und symbolisches Handeln.

Das Ergebnis ist eine politische Ordnung, die geerbtes Kapital – wirtschaftliches, institutionelles und kulturelles – nicht als zu bewahrendes Vermächtnis behandelt, sondern als zu verbrauchende Ressource. Die Staatsverschuldung wandelt zukünftige Produktion in gegenwärtige Ausgaben um. Die Inflation zehrt die Ersparnisse auf und verschleiert dabei die Enteignung. Regulierung ersetzt die Koordination und Disziplin des freien Marktes durch administrativen Ermessensspielraum. Jeder dieser Mechanismen schwächt die Unabhängigkeit der Bürger und stärkt gleichzeitig ihre Abhängigkeit von der politischen Autorität.

Diese Dynamik erklärt auch ein zentrales Paradoxon der modernen Demokratie: Der Staat wächst immer weiter, während seine Regierungsfähigkeit abnimmt. Die Bürokratien nehmen an Größe und Umfang zu, sind aber immer weniger in der Lage, die Probleme zu lösen, die sie selbst verursachen und deren Behebung ihnen obliegt. Die Gesetze vermehren sich, doch die Vorhersehbarkeit schwindet. Wahlen finden weiterhin statt, doch die Rechenschaftspflicht schwindet. Die Demokratie bleibt formal intakt, während ihr Inhalt ausgehöhlt wird.

Die allmähliche Erosion des Kapitals verändert auch das politische Verhalten. Wenn das Wachstum nachlässt und das Vertrauen schwindet, wird Politik zu einem Nullsummenspiel. Verteilung ersetzt Produktion; Unzufriedenheit verdrängt Zusammenarbeit. Gruppen organisieren sich um konkurrierende Ansprüche statt um gemeinsame Projekte. Moralische Sprache gewinnt an Intensität, während materielle Grundlagen schwächer werden. Politischer Konflikt wird existenziell, weil die Zukunft keine Erleichterung mehr bietet.

Wenn sich die Kapitalakkumulation verlangsamt, schwindet der Nutzen von Kompromissen. Jede Fraktion bemüht sich, sich ihren Anteil zu sichern, bevor die Ressourcen zur Neige gehen, während die demokratische Debatte der Selbstdarstellung und dem Spektakel weicht und die Regierungsführung eher theatralisch als effektiv wird.

Der Verwaltungsstaat trägt dazu bei, diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Da gewählte Amtsträger die Fähigkeit – oder den Willen – verlieren, Disziplin durchzusetzen, verlagert sich die Verantwortung auf bürokratische Gremien, die vor direkter Rechenschaftspflicht geschützt sind. Die demokratische Legitimität bleibt sichtbar, doch viele tatsächliche Entscheidungen werden durch undurchsichtige Verfahren, technische Mandate und Notstandsbefugnisse getroffen. Die Bürger könnten die Regierungsführung als zwingend und doch unpersönlich erleben – allgegenwärtig, aber schwer anzufechten oder zu beeinflussen.^[14]

Solche Zustände können, obwohl instabil, von Dauer sein. Sie ermöglichen es Demokratien, die Abrechnung hinauszuzögern, indem sie Kapital verbrauchen, das unter früheren, zurückhaltenderen Regimes angesammelt wurde. Vor Jahrzehnten errichtete Infrastruktur funktioniert weiterhin. Die Währungsglaubwürdigkeit hält länger an als erwartet. Das soziale Vertrauen schwindet nur langsam. Diese Verzögerungen erzeugen die Illusion von Nachhaltigkeit und fördern weiteren Konsum.

Doch dieser Abbau ist kumulativ. Jede Generation erbt weniger Spielraum für Fehler. Jede Krise rechtfertigt stärkere Eingriffe, und jeder Eingriff schwächt die Voraussetzungen für eine Erholung. Was wie Widerstandsfähigkeit aussieht, ist oft Trägheit: die verzögerte Wirkung vergangener Disziplin. Demokratie in dieser Form bestimmt nicht mehr die Zukunft. Sie diskontiert sie. Und was diskontiert wird, ist irgendwann aufgebraucht.

Widerstandsfähigkeit und Gegenargument

Ein vernünftiger Einwand sollte berücksichtigt werden. Es ist durchaus berechtigt festzustellen, dass westliche Gesellschaften trotz der oben beschriebenen Belastungen nach wie vor außerordentlich produktiv sind. Der reale Lebensstandard ist langfristig gestiegen. Technologische Innovationen schreiten in einem Tempo voran, das frühere Generationen in Erstaunen versetzt hätte. Fortschritte in Medizin, Kommunikation und Energieerzeugung zeugen von der anhaltenden Vitalität der Privatwirtschaft. Es ist auch vernünftig zu sagen, dass sich die Märkte wiederholt an politische Eingriffe, regulatorische Belastungen und fiskalische Expansion angepasst haben. Diese Tatsachen sind ein Beweis für Resilienz und können nicht einfach abgetan werden.

Es ist wichtig, zwischen Sozialismus im strengen Mises'schen Sinne, d.h. der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, und den interventionistischen oder sozialdemokratischen Ordnungen zu unterscheiden, wie sie in den heutigen westlichen Gesellschaften üblich sind. Letztere bewahren das Privateigentum und die Marktpreisbildung, oft mit beachtlichem Erfolg. Mises selbst betrachtete den Interventionismus als eigenständiges System: weder Kapitalismus noch vollständiger Sozialismus, sondern ein Regime, in dem die Marktkoordination unter zunehmender politischer Lenkung fortbesteht. Die hier geäußerte Sorge ist nicht, dass moderne Demokratien die wirtschaftliche Kalkulation abgeschafft hätten, sondern dass kumulative Interventionen den Raum, in dem Kalkulation frei stattfinden kann, allmählich einschränken und dadurch die systemische Fragilität im Laufe der Zeit erhöhen könnten.

Kapitalintensive, von hohem Vertrauen geprägte Gesellschaften verfügen über eine enorme Anpassungsfähigkeit. Die globale Kapitalmobilität, deflationärer technologischer Druck und die Kreativität privater Akteure können politische Ausbeutung über lange Zeiträume hinweg übertrumpfen. In der Vergangenheit angesammeltes institutionelles und wirtschaftliches Kapital bildet echte Puffer und trägt wesentlich dazu bei, die anhaltende Dynamik zu erklären, die wir beobachten.

Doch Resilienz ist nicht dasselbe wie Immunität. Eine Gesellschaft kann weiterhin innovativ sein, selbst wenn ihre fiskalischen, monetären und administrativen Grundlagen immer fragiler werden. Nominelles Wachstum kann mit steigender Verschuldung einhergehen, genauso wie technologischer Fortschritt sich parallel zu schwindendem institutionellem Vertrauen entfalten kann. Die Marktpreisbildung kann innerhalb sich ausweitender regulatorischer Rahmenbedingungen weiterhin funktionieren, bis die Freiheit, Kapital entsprechend den Preissignalen zu allokalieren, wesentlich eingeschränkt wird. Anzeichen für diese Einschränkung sind bereits sichtbar. Letztendlich kann Anpassung Anreize ausgleichen; sie hebt sie jedoch nicht auf.

Die Frage ist daher nicht, ob der Wohlstand anhält. Das tut er. Die Frage ist, ob sich der Spielraum für Fehler vergrößert oder verkleinert. Jede weitere Schicht aus chronischer Defizitfinanzierung, geldpolitischer Lockerung und administrativer Aufblähung verringert die Flexibilität an den Rändern. Was frühere Generationen ohne Folgen auffangen konnten, summiert sich im Laufe der Zeit. Die Struktur mag zwar halten, aber sie kann zunehmend von günstigen Bedingungen wie niedrigen Zinsen, demografischer Stabilität und globalen Kapitalströmen abhängig werden. Keine dieser Bedingungen kann auf unbestimmte Zeit als gegeben vorausgesetzt werden.

Resilienz anzuerkennen bedeutet nicht, Risiken zu leugnen. Es bedeutet anzuerkennen, dass eine Erosion schleichend erfolgen kann und dass Wohlstand die brüchig werdenden Fundamente verschleiern kann. Eine Brücke kann den Verkehr weiterhin tragen, auch wenn sich ihre Tragfähigkeit verringert. Der Sinn der Überprüfung besteht nicht darin, einen morgigen Einsturz vorherzusagen, sondern die Richtung der Belastung zu verstehen.

Wenn der Trend zu kürzeren Zeithorizonten, steigenden strukturellen Verpflichtungen und nachlassender institutioneller Zurückhaltung geht, reicht Anpassung allein möglicherweise nicht aus. Resilienz kann den Moment der Abrechnung hinauszögern, aber sie kann die Mathematik nicht auf unbestimmte Zeit außer Kraft setzen.

Zurückhaltung im Gedächtnis behalten

Die in diesem Aufsatz behandelten Denker – Hayek, Somary, Röpke, Hoppe und Hülsmann – teilten weder eine gemeinsame Ideologie noch ein gemeinsames politisches Programm. Was sie verbindet, ist ein gemeinsamer Realismus hinsichtlich menschlicher Anreize, institutioneller Fragilität und des Wesens der Freiheit. Jeder von ihnen hat auf seine Weise die tröstliche Vorstellung zurückgewiesen, dass entweder Märkte oder demokratische Politik sich selbst stabilisieren würden.

Hayek warnte davor, dass Gesellschaften, die die wahre Quelle des Wohlstands vergessen, Ergebnisse einfordern, die kein System zuverlässig liefern kann. Somary zeigte, dass sich demokratische Politik, sobald sie von verfassungsrechtlicher und monetärer Disziplin befreit ist, eine anhaltende Tendenz zum Kapitalverbrauch entwickelt. Röpke betonte, dass Märkte moralische und kulturelle Grundlagen benötigen, die sie nicht allein durch wirtschaftlichen Austausch reproduzieren können. Hoppe formalisierte diese Erkenntnisse, indem er aufzeigte, dass demokratische Regierungsführung den Zeithorizont systematisch verkürzt und die Ausbeutung der Gegenwart gegenüber der Erhaltung der Zukunft belohnt. Hülsmann erweiterte diese Analyse, indem er erläuterte, wie demokratische Systeme komplexe politische Strukturen aufbauen, die kurzfristige Anreize festschreiben und eine sinnvolle Umkehr zunehmend erschweren.

Zusammengenommen weisen ihre Argumente auf eine gemeinsame Diagnose hin: Moderne Demokratien leben zunehmend von angesammeltem Erbe – sei es wirtschaftlicher, institutioneller oder moralischer Art –, das sie nicht mehr verstehen oder schützen.

Erbe ohne Verständnis überdauert selten eine Generation.

Dies trägt dazu bei, das Paradoxon des heutigen politischen Lebens zu erklären. Demokratische Formen bestehen fort, doch das Vertrauen schwindet. Die staatliche Aktivität nimmt zu, doch die Regierungsfähigkeit nimmt ab. Der Reichtum bleibt bestehen, doch zunehmend als Rückstand statt als Erneuerung.^[15] Politische Konflikte verschärfen sich nicht, weil Erwartungen unerfüllt bleiben, sondern weil die Zukunft selbst als wertlos erscheint.^[16] Wenn sich die Kapitalakkumulation verlangsamt und das Vertrauen in die Institutionen schwindet, verlagert sich die Politik von der Koordination zur Verteilung, von der Verantwortung zur Geltendmachung von Ansprüchen.

Das Ergebnis ist kein sofortiger Zusammenbruch, sondern eine allmähliche Erschöpfung. Demokratien zerstören sich selten durch einen einzigen entscheidenden Akt. Man denke an Athen. Stattdessen verfallen sie durch Überdehnung, durch die Normalisierung des Ausnahmezustands, durch die stetige Umwandlung von langfristigem Kapital in kurzfristige Legitimität. Die Freiheit schwindet nicht, weil sie gewaltsam gestürzt wird, sondern weil sie fälschlicherweise für einen dauerhaften Zustand gehalten wird statt für eine fragile Errungenschaft.

Das zentrale Problem ist also nicht die Demokratie als Ideal, sondern die Demokratie ohne Grenzen: eine Demokratie, die ihre Hüter verloren hat. Zurückhaltung lässt sich nicht allein durch den Wahlkampf erzeugen. Sie erfordert überlieferte Normen, verbindliche Institutionen und eine kulturelle Bereitschaft, Einschränkungen zu akzeptieren, die die Politik der Demokratie stets zu beseitigen versucht. Wo diese Einschränkungen schwächer werden, wird demokratische Legitimität eher zu einem Instrument der Aushöhlung als zu einem Schutzmechanismus.

Dies anzuerkennen bedeutet nicht, Demokratie oder Märkte abzulehnen, sondern die Illusion aufzugeben, dass beides ohne Disziplin überleben kann. Wohlstand ist kein moralischer Anspruch; er ist eine generationsübergreifende Errungenschaft. Kapital ist kein Einkommen; es ist aufgeschobener Konsum. Institutionen sind keine wertneutralen Zwänge; sie sind zerbrechliches Erbe.

Wenn Gesellschaften diese Unterscheidungen vergessen, verläuft die Geschichte selten nach den Erwartungen. Sie hat eine Art, Grenzen wieder durchzusetzen – zunächst langsam, dann auf einen Schlag.

Nachwort: Ein altes Muster, keine neue Tragödie

Was die heutigen Gesellschaften erwartet, ist ein bekanntes politisches Muster, das bereits vor mehr als zwei Jahrtausenden mit bemerkenswerter Klarheit beobachtet wurde. Platons Schilderung des Verfalls der Demokratie im antiken Athen, verfasst im Schatten von Krieg, Inflation, Fraktionskämpfen und der gerichtlichen Hinrichtung von Sokrates – ironischerweise wegen seiner Reden –, beschrieb ein Regime, das die Sprache der Freiheit bewahrte, während es deren Substanz auflöste. [17] Die Demokratie, so argumentierte er, geht in der Regel nicht durch äußere Eroberung zugrunde, sondern durch innere Exzesse: durch die Aushöhlung der Zurückhaltung, die Moralisierung der Begierden, die Politisierung des Neides und die Ersetzung des Rechts durch Verwaltung. Er argumentierte, dass die Demokratie

degeneriert, wenn Freiheit zur Zügellosigkeit wird, Autorität abgelehnt wird, Gleichheit über alle Maßen ausgeweitet wird, Begierden politisiert werden und ein Demagoge auftaucht, der Schutz verspricht.

Die Bedeutung dieser Erkenntnis liegt nicht in der Verzweiflung, sondern in der Perspektive. Wenn der Zerfall der Demokratie weniger als ein Zufall der Moderne erscheint, sondern vielmehr als Teil eines sich wiederholenden historischen Musters, dann besteht die Aufgabe nicht darin, allein auf die Rettung durch die Politik zu warten. Platon erwartete nicht, dass sich Regime selbst perfektionieren würden. Er erwartete, dass sich besonnene Individuen anpassen: dass sie Unabhängigkeit bewahren, wo immer möglich, Eigentum als Voraussetzung für Freiheit verteidigen und unter kurzfristiger Herrschaft einen langfristigen Horizont bewahren. Zusammenbruch ist in diesem Sinne kein Ende, sondern eine Einschränkung von Illusionen, Garantien und kollektiven Versprechen. Was bleibt, sind Urteilsvermögen, Zurückhaltung und die stille Arbeit der Ausdauer innerhalb unvollkommener Ordnungen.

Die Geschichte bietet keine Gewissheit, dass demokratische Gesellschaften ihre Grenzen rechtzeitig wiederentdecken werden. Aber sie bietet etwas Beständigeres: das Wissen, dass Freiheit nie in erster Linie von politischer Erlösung abhing, sondern von der Fähigkeit von Individuen und Gemeinschaften, Kapital – materielles, moralisches und institutionelles – zu bewahren, wenn die politischen Institutionen vergessen, wie das geht.

Die Geschichte zeigt deutlich, was folgt, wenn die demokratische Gewaltenteilung zusammenbricht. In Athen führte der Verlust der Selbstbeschränkung nicht zu einer Erneuerung, sondern zu imperialistischer Überheblichkeit, Fraktionskämpfen und schließlich zur Unterwerfung – zunächst unter die spartanische Oligarchie der Dreißig Tyrannen und schließlich unter die Makedonier. In der Römischen Republik stellte die Aushöhlung der republikanischen Institutionen kein Gleichgewicht wieder her; sie endete in persönlicher Herrschaft, permanentem Ausnahmezustand und Imperium. In beiden Fällen hielten sich die demokratischen Formen noch lange, nachdem ihr Inhalt verfallen war – bis sie durch eine Herrschaft ersetzt wurden, die nicht durch Zustimmung, sondern durch Notwendigkeit gerechtfertigt war.

Die Lehre daraus ist nicht, dass Demokratie unweigerlich in Tyrannei endet, sondern dass, wenn die Selbstbeschränkung erschöpft ist, Freiheit nicht wiederhergestellt, sondern verdrängt wird. Was folgt, ist die Herrschaft von Verwaltern, Generälen oder Krisen; Legitimität verlagert sich vom Recht zur

Ordnung, vom Konsens zum Überleben. Die eigentliche Frage für unsere westliche Welt ist nicht, ob die Demokratie unverändert überleben wird, sondern was an ihre Stelle treten wird, sobald ihr Kapital aufgebraucht ist.

[1] Benjamin Franklin, Bemerkung gegenüber Elizabeth Willing Powel, 17. September 1787, zitiert in Max Farrand, ed., *The Records of the Federal Convention of 1787*, rev. ed., vol. 3 (Yale University Press, 1937).

[2] In diesem Aufsatz verwende ich den Begriff „Demokratie“ eher in einem praktischen als in einem historischen oder idealisierten Sinne. Ich beziehe mich auf politische Systeme, in denen Macht durch regelmäßige Wahlen ausgeübt und im Namen einer wählenden Mehrheit legitimiert wird. In dieser Hinsicht schließe ich mich Joseph Schumpeters bekannter Definition von Demokratie an, nämlich als „jene institutionelle Regelung zur Herbeiführung politischer Entscheidungen, bei der Einzelpersonen durch einen Wettbewerb um die Stimmen des Volkes Entscheidungsgewalt erlangen“. (*Capitalism, Socialism and Democracy*, 3. Aufl. Harper & Row, 1950.) Ich beziehe mich nicht auf Regime, die lediglich demokratische Sprachklänge übernehmen, ohne dass es kompetitive Wahlen gibt, und ich befasse mich auch nicht mit den moralischen Argumenten für politische Partizipation an sich. Die Argumentation betrifft die Anreize, die innerhalb von Wahlsystemen entstehen, sobald Legitimität als sich selbst rechtfertigend behandelt wird, anstatt durch dauerhafte verfassungsrechtliche und finanzielle Grenzen gebunden zu sein.

[3] Friedrich August von Hayek (1899–1992) war ein österreichischer Ökonom und politischer Philosoph. Hayek leistete grundlegende Beiträge zur Theorie der spontanen Ordnung, zum Wissensproblem in der Wirtschaftswissenschaft und zur Kritik an der zentralen Planwirtschaft. Sein Werk prägte den klassischen Liberalismus und das libertäre Denken maßgeblich, insbesondere durch „Der Weg in die Knechtschaft“ und seine Schriften zur Marktkoordination.

[4] Hayek, Friedrich A., editor. *Capitalism and the Historians*. Routledge & Kegan Paul, 1954.

[5] Felix Somary (1881–1956), ein österreichischer Ökonom, Bankier und Politologe, war bekannt für seine frühen Kritiken an der inflationären Finanzpolitik und dem Zentralbankwesen. Er verfasste einflussreiche Analysen zur europäischen Politik und Wirtschaft der Zwischenkriegszeit und wird oft für seine vorausschauenden Warnungen vor der Instabilität der Währungssysteme nach dem Ersten Weltkrieg gewürdigt.

[6] Somary, Felix. *Democracy at Bay: A Diagnosis and a Prognosis*. Übersetzt von Norbert Guterrman, Alfred A. Knopf, 1952. Ursprünglich erschienen in deutscher Sprache unter dem Titel *Krise und Zukunft der Demokratie*, Europa Verlag, 1952.

[7] Wilhelm Röpke (1899–1966) war ein deutscher Ökonom und Sozialtheoretiker. Röpke war eine führende Persönlichkeit des Ordoliberalismus und ein wichtiger geistiger Wegbereiter der deutschen Sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit. Er betonte die moralischen, kulturellen und institutionellen Grundlagen, die für eine funktionierende Marktordnung notwendig sind.

[8] Röpke, Wilhelm. *A Humane Economy: The Social Framework of the Free Market*. Übersetzt von Elizabeth Henderson, Henry Regnery Company, 1960. (Das Originalwerk erschien 1958 unter dem Titel *Jenseits von Angebot und Nachfrage* im Eugen Rentsch Verlag).

[9] Hans-Hermann Hoppe (geb. 1949) ist ein deutsch-amerikanischer Ökonom und Philosoph, der der Österreichischen Schule der Nationalökonomie angehört. Er ist bekannt für seine Arbeiten zu Praxeologie, Eigentumsrechten, Anarchokapitalismus und seiner Kritik an der Demokratie. Seine wichtigsten Beiträge erweitern die Methodik von Ludwig von Mises und die radikale libertäre politische Theorie.

[10] Hoppe, Hans-Hermann. *Democracy: The God That Failed: The Economics and Politics of Monarchy, Democracy, and Natural Order*. Transaction Publishers, 2001. Mises Institute, mises.org/library/democracy-god-failed-2 als Audiobook. Aufgerufen am 23. Dez. 2025.

[11] Lange vor Somary wurden das Wesen des Privateigentums und seine Bedeutung von Ludwig von Mises brillant dargelegt. In *Liberalismus* (1927) schreibt er: „Das Privateigentum schafft für den Einzelnen einen Bereich, in dem er vom Staat unabhängig ist. Es setzt dem Wirken des autoritären Willens Grenzen. Es ermöglicht, dass andere Kräfte neben und im Gegensatz zur politischen Macht entstehen. Es wird so zur Grundlage all jener Aktivitäten, die frei von gewaltsamer Einmischung seitens des Staates sind. Es ist der Boden, auf dem die Samen der Freiheit genährt werden und in dem die Autonomie des Einzelnen und letztlich jeder geistige und materielle Fortschritt verwurzelt sind.“

Jahre später bekräftigte Mises diese Erkenntnis in seinem Werk *Omniopotent Government* (1944) („Allmächtiger Staat. Der Aufstieg des totalen Staates und der totale Krieg“) mit folgenden Worten: „Wenn uns die Geschichte etwas lehren kann, dann ist es, dass Privateigentum untrennbar mit der Zivilisation verbunden ist.“

[12] Jörg Guido Hülsmann, “*Self-Paralysis of Democracy*,” GRANEM Working Paper no. 2024-03-065, Université d’Angers (2024). https://granem.univ-angers.fr/_attachment/cahiers-2024-article/DT-GRANEM-03-65.pdf

[13] Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter Roger W. Garrison. *Time and Money: The Macroeconomics of Capital Structure*. Routledge, 2001.

[14] Martin Gurri zeigt in *The Revolt of the Public* auf, wie die Informationsflut das Vertrauen untergräbt, indem sie institutionelle Inkompetenz schneller offenlegt, als sich die Institutionen reformieren können, und so eine „Politik der Verneinung“ hervorbringt – eine Art Rebellion ohne Alternative und Wut ohne Verantwortung.

[15] Wie Niall Ferguson in *The Great Degeneration* darlegt, zehren die westlichen Gesellschaften heute das in früheren Epochen angesammelte institutionelle Kapital auf, anstatt es zu erneuern, und leben finanziell, rechtlich und moralisch von den letzten Resten einer Bilanz, die sie nicht mehr verstehen.

[16] Ross Douthat beschreibt in *The Decadent Society* eine Ordnung, die zwar in ihrer Form stabil bleibt, dabei jedoch die kreative und moralische Energie verliert, die sie einst getragen hat. Yuval Levin führt in *The Fractured Republic* diesen Verfall auf den Zusammenbruch gemeinsamer Institutionen zurück, die in der Lage sind, langfristigen Charakter und Verantwortungsbewusstsein zu formen.

[17] Weitere Informationen finden Sie unter Plato, *Republic*, Book VIII. 380 BC

ARTIKEL TAGS:

Analyse EU USA